



Jagd und Forst

Aiwanger: "Die bisherigen Methoden waren nicht zielführend, Jäger und Waldbesitzer müssen künftig noch enger zusammenarbeiten"

08. April 2025

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, seit Ende 2023 auch zuständig für die Jagd, sieht angesichts der Kritik des Obersten Rechnungshofes (ORH) an den mangelnden Fortschritten beim Waldumbau in Bayern die Staatsregierung in der Pflicht, neue Wege in der Jagd- und Forstpolitik zu beschreiten.

Aiwanger: „Die bisherige Jagd- und Forstpolitik hat die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht. Wir brauchen dringend eine engere fachliche Zusammenarbeit zwischen Jägern und Waldbesitzern. Wenn die Grundbesitzer das wollen, soll künftig auch ohne behördlichen Abschussplan vor Ort das Rehwild effektiv bejagt werden können, das bringt mehr Handlungsspielraum. Wenn sie nicht wollen, wird der bisherige Abschussplan beibehalten. Gleichzeitig muss die Waldbau-Beratung bei Durchforstung und Einleitung von Naturverjüngung intensiviert werden. Junge Bäume brauchen neben der Jagd auch genügend Licht, um keimen und wachsen zu können. Unbewirtschaftete, zu dunkle Wälder haben zu wenig flächendeckende Naturverjüngung. Nur Jäger und Waldbesitzer gemeinsam können den Waldumbau voranbringen.“

Die Büchse des Jägers sei genauso wichtig wie die Motorsäge des Waldbesitzers, um stabile Wälder zu schaffen. Aiwanger: „Deswegen ist auch die ständige Debatte um Stilllegungen von Wäldern oder Nutzungseinschränkungen kontraproduktiv. Auch die EU-Verordnung zur „Wiederherstellung der Natur und von Waldökosystemen“ sehe ich daher kritisch. Denn dadurch wird die Nutzung erschwert. Das Thema hat auch Einzug in den Koalitionsvertrag im Bund gefunden. Es ist dabei größter Wert auf die Interessen der Waldbesitzer zu legen, damit nicht Ideologen Einfluss gewinnen. Wir müssen unsere Wälder intensiv bewirtschaften, dann sind sie auch stabil. Jäger und Waldbesitzer sollen mindestens einmal jährlich gemeinsam die Wälder besichtigen

und dabei besprechen, wie die Naturverjüngung vorangebracht werden kann. Deshalb will ich das Jagdgesetz reformieren – mit mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie. Mich wundern die Vorwürfe vor allem aus der grünen Ecke gegen mich und meinen Vorschlag, der bisher noch gar nicht zur Anwendung kommen konnte. Man will angeblich kein "Weiter so", will aber trotzdem an den Methoden festhalten, die offensichtlich bisher schon zu wenig funktioniert haben.“

Der ORH mahnt effizientere Lösungen an. Die bisherige staatliche Abschussplanung für Rehe ist sehr bürokratisch, streitanfällig und führt bisher nicht zu den gewünschten Ergebnissen, da seit Jahrzehnten in rund der Hälfte der Jagdreviere ein zu hoher Verbiss attestiert wird.

Der Prüfungszeitraum des ORH endete 2022.

Das jetzt zuständige Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) will das Bayerische Jagdgesetz bei den Abschussregelungen für Rehwild gezielt weiterentwickeln. Statt einer reinen Debatte um Abschusszahlen sollen die Vorschläge die Zielerreichung „Wald-Wild-Verhältnis, Waldverjüngung, stabile Wälder und gesunde Wildbestände“ stärker in den Blick nehmen. Das soll durch Schaffung von Handlungsspielräumen, Stärkung der Eigenverantwortung, Aufklärung und Förderung des Problembewusstseins sowie durch Dialog auf örtlicher Ebene erfolgen. Das StMWi will dem jahrelangen Stillstand (ORH hat 2009-2022 untersucht) begegnen. Dabei steht eindeutig das Ziel einer Verbesserung der Verbissbelastung und stabiler Wälder im Vordergrund.

[Hier finden Sie den Link zum erläuternden Vorschlag für die Reform des Bayerischen Jagdgesetzes.](#)

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 120/25